



Presseerklärung

Richter und Staatsanwälte verklagen die Freie und Hansestadt

Der Hamburgische Richterverein hat seinen Mitgliedern geraten, für das Jahr 2008 von der Hansestadt eine angemessene Besoldung zu verlangen und den Klageweg zu beschreiten, wenn dieser Antrag abgelehnt wird.

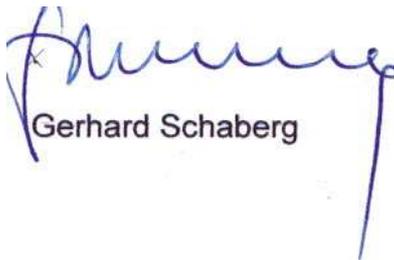
Am **18.12.2008 um 14.00 Uhr** wird der Vorstand Justizsenator Dr. Steffen in der **Justizbehörde** mehr als 300 Anträge von Richtern und Staatsanwälten übergeben, mit denen eine angemessene Besoldung verlangt wird. Diese Anträge sind Voraussetzung, um die Freie und Hansestadt auf angemessene Besoldung verklagen zu können.

- Der einmalige Schritt massenhafter Klagen ist notwendig geworden. Aufforderungen des Richtervereins, Staatsanwälte und Richter angemessen zu besolden, ist der Senat in den letzten Jahren nicht nachgekommen.
- Hierzu erklärt der Vorsitzende des Hamburgischen Richtervereins Gerhard Schaberg:
„Die Vergangenheit hat den Staatsanwälten und Richtern in Hamburg deutliche Einkommensverluste gebracht, die nicht länger hingenommen werden können. Die derzeitige Besoldung entspricht in keiner Weise der Qualifikation und Verantwortung der Staatsanwälte und Richter der Hansestadt. Es ist uns nicht länger zuzumuten, weiterhin unter Wert bezahlt zu werden.“
- Vergleichbar qualifizierte Juristen in anderen Berufen erhalten durchschnittlich 26 % höhere Bezüge. Die Gehälter der Staatsanwälte und Richter sind um ca. 12 % hinter dem Inflationsanstieg zurück geblieben.
- Gerhard Schaberg:
„Die Laienrichter schütteln den Kopf, wenn sie die von ihnen deutlich überschätzten Gehälter der Staatsanwälte und Richter erfahren. Es besteht die Gefahr, dass Richter und Staatsanwälte nicht länger als ernst zu nehmende Partner akzeptiert werden. So wird das hohe Ansehen unseres Berufsstandes kaputt gespart.“

...

- Die Entwicklung ist nach einem Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster verfassungswidrig und kann nicht länger hingenommen werden. Wie in fünf weiteren Bundesländern bleibt auch in Hamburg nur der Weg, vor Gericht zu gehen und die Hansestadt zu verklagen.
- Gerhard Schaberg:
„Wir hoffen, dass der Senat in der anstehenden Besoldungsrunde deutliche Zeichen setzt, damit Rechtsfrieden mit der Dritten Gewalt wieder hergestellt werden kann. Nur wer leistungsangemessene Gehälter zahlt, wird qualifizierte Juristen weiterhin bewegen können, in der Dritten Gewalt tätig zu werden. Nur wer angemessen besoldet, festigt die Qualität und das hohe Ansehen der Hamburger Justiz.“

Hamburg, 17. Dezember 2008



Gerhard Schaberg